



Bundestag Aktuell

Andreas Mattfeldt MdB

15.06.2012

Verden - Osterholz



Liebe Freunde,

das parlamentarische erste Halbjahr 2012 wird so arbeitsreich enden, wie es begonnen hat. Wichtige Entscheidungen stehen an: Wir werden im Sinne der Stabilisierung Europas, seiner Wirtschaft und seiner Währung die notwendigen Beschlüsse vorantreiben. Niemandem ist geholfen, wenn Entscheidungen vertagt werden. Spanien stellt sich seiner Verantwortung. Auch die deutsche Opposition lernt mehr und mehr, dass finanzielle Solidarität in Europa untrennbar verknüpft sein muss mit durchsetzbarer fiskalpolitischer Verlässlichkeit. Es verbreitet sich die Erkenntnis, dass man Wachstum nicht mit Steuergeldern herbeizaubern kann, sondern durch ernsthafte Strukturreformen erarbeiten muss. Auch innenpolitisch wird die Opposition Reden und Taten zusammenführen müssen: Wer die Energiewende will, sollte im Bundesrat die Förderung der Gebäudesanierung nicht blockieren. Wer Gerechtigkeit im Munde führt, sollte den Steuerzahlern nicht länger den Ausgleich für heimliche Steuererhöhungen verweigern.

Bei aller Arbeit vergessen wir aber auch die Freude nicht: Die Fußball-Europameisterschaft in Polen und der Ukraine hat begonnen und wir haben erste schöne Spiele gesehen. Ich wünsche der deutschen Mannschaft weiterhin viel Erfolg!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr/Euer

Fraktionskongress in Berlin zur Zukunft der ländlichen Räume

In dieser Woche haben die Koalitionsfraktionen einen Kongress zur Zukunft der ländlichen Räume veranstaltet. Ganz besonders toll war, dass der Ressortleiter einer Zeitung aus meinem Wahlkreis, Harry Laube, eines der Module bei dem Kongress moderiert hat. Er hat das Modul „Wachstum, Beschäftigung und Infrastruktur stärken“ geleitet.



Der Kongress war sehr hoch besetzt und wurde nicht nur von den beiden Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und Rainer Brüderle eröffnet, sondern es hat zum Beispiel auch Bundeswirtschaftsminister Philipp Rösler einen Vortrag in dem von Harry Laube moderierten Modul gehalten.

Wir als Koalitionsarbeitsgruppe haben uns viel vorgenommen, um die Zukunft der ländlichen Räume zu sichern. Wir haben bereits viel Arbeit hineingesteckt und werden auch noch viel Arbeit investieren müssen. Aber das machen wir und ich ganz persönlich gerne, da uns die ländlichen Räume und ihre Zukunft sehr am Herzen liegen.

Osterholzer Schüler „Bundestagsabgeordneter auf Zeit“

Auch in diesem Jahr richtete der Deutsche Bundestag das Planspiel „Jugend und Parlament“ aus. Zu diesem Planspiel können Abgeordnete alle zwei Jahre einen Jugendlichen im Alter von 16 bis 20 Jahren einladen. Ziel des Planspiels ist es, dass die Jugendlichen der parlamentarischen Demokratie spielerisch näher kommen.



Ich lud René Garbade aus Osterholz-Scharmbeck ein, um ihm die Möglichkeit zu geben, den parlamentarischen Alltag hautnah mitzuerleben.

Während des Planspiels übernahm René die Rolle des fiktiven Abgeordneten „Johann Köster“, samt sei-

nes Lebenslaufs und seiner politischen Vorstellungen, um über politische Themen in Fraktionen, Ausschüssen sowie im Plenum zu beraten und zu entscheiden. Die Themen dieses Jahr waren Datenschutz im digitalen Zeitalter, Freistellung bei akutem Pflegebedarf von Familienangehörigen, Einführung einer PKW-Maut und diskriminierungsfreie Bewerbungen für Behörden des Bundes. Letzteres bearbeitete „Köster“ im federführenden Innenausschuss.

René sagte mir, dass es für ihn ein enormer Erfahrungsgewinn war, als „andere Person“ mit anderen politischen Vorstellungen und Lebenslauf Themen anzugehen und zu begleiten. Es freut mich sehr, dass er in diesem Bereich Erfahrungen sammeln konnte, da es wichtig ist, dass junge Menschen lernen, Themen auch aus anderen Perspektiven zu betrachten. Denn so können Kompromisse geschlossen werden, ohne die unsere pluralistische Demokratie nicht funktionieren würde.

Deutschlandstipendium schafft neue Stipendienkultur

Seit dem Sommer 2011 werden mit dem Deutschlandstipendium rund 5.400 Studierende aller Nationalitäten gefördert. Das Deutschlandstipendium richtet sich an Studierende mit hervorragenden Leistungen, die ein besonderes gesellschaftliches Engagement und besondere Begabungen aufweisen. Die Vergabe eines Stipendiums ist vom Einkommen der Eltern sowie dem der Studierenden unabhängig. Die Höhe des Stipendiums beläuft sich auf 300 € pro Monat. Der Bund beteiligt sich mit 150 € daran. Weitere 150 € stammen aus dem Engagement privater Partner. Diese werden direkt durch die Hochschule

eingeworben, die das Stipendium auch direkt an die Studierenden vergibt und selber auszahlt. Insgesamt haben die Hochschulen im vergangenen Jahr 3,4 Mio. € eingeworben. Deutschlandweit beteiligen sich derzeit mehr als drei Viertel der 388 Hochschulen am Deutschlandstipendium. 47% aller momentanen Stipendiaten sind Frauen (2.500). Eine ausländische Staatsbürgerschaft besaßen 400 aller Stipendiaten (7%). Langfristig sollen mit dem Deutschlandstudium als Leistungsanreiz 8% aller Studierenden gefördert werden. Derzeit wird lediglich 1% der Studierenden gefördert.

Jugendkriminalität besser bekämpfen

Mit der Einführung des Warnschussarrests haben wir eine Lücke im Jugendstrafrecht geschlossen. Zukünftig kann der Jugendrichter neben einer zur Bewährung ausgesetzten Jugendstrafe einen bis zu vierwöchigen Arrest anordnen. Jugendliche Straftäter bekommen so einen Vorgeschmack darauf, was sie im Gefängnis erwartet, wenn sie ihre kriminelle Karriere fortsetzen. Sie gehen im Bewährungsfall also nicht mit einem gefühlten „Freifahrtschein“ nach Hause. Im Arrest eröffnet sich die Möglichkeit, erzieherisch auf sie einzuwirken. Auch kann die Trennung von der Umgebung, die den Jugendlichen negativ beeinflusst, heilsam sein. Zugleich heben wir das Höchstmaß der Jugendstrafe bei Mord für Heranwachsende von zehn auf 15 Jahre an. So sorgen wir dafür, dass dem Ausmaß der Schuld bei besonders schweren Mordverbrechen besser als bisher Rechnung getragen wird. Die christlich-liberale Koalition beschreitet mit diesen Sanktionsmöglichkeiten neue Wege im Kampf gegen die Jugendkriminalität. Wir machen deutlich, dass wir uns mit dem nach wie vor hohen Stand von Gewalttaten Jugendlicher nicht abfinden.

Büro Berlin:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: 030 - 227 71322
Email: andreas.mattfeldt@bundestag.de
Internet: www.andreas-mattfeldt.de
Redaktion: Tatjana Range



CDU